

NACHHALTIGE INVESTMENTS

TOPTHEMA: **Klimastrategisch besser aufstellen** 2

Jubilierend voran gehen



Wie sollte unsere Welt morgen aussehen, und was müssen wir heute dafür tun? Dies ließ das Öko-Institut zum 40-jährigen Jubiläum im November diskutieren. An Antworten arbeiten die Wissenschaftler seit Jahrzehnten, sie fordern die Politik. Das tut auch das Magazin Politische Ökologie seit drei Jahrzehnten. Unlängst stellte es 30 nachahmenswerte Projekte vor und was nötig ist, damit sich solche Ansätze verbreiten. Um Wirkung kämpft seit 25 Jahren die Nichtregierungsorganisation Urgewald, damit Waffensysteme, Menschenrechtsverstöße und Klimawandel nicht länger finanziert werden. Seit 25 respektive 15 Jahren arbeiten der Unternehmensverband UPJ und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft für bessere Rahmenbedingungen zwecks verantwortlichen Wirtschaftens. Und seit 10 Jahren etabliert die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen Standards, während die Klima-Allianz aus 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen die Transformation der Energiepolitik vorantreibt.

Zahlreiche Jubiläen zeigten dieses Jahr in Teilen von Gesellschaft und Wirtschaft beharrliches Engagement für eine lebenswerte Welt. Dank dessen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten trotz zahlreicher Skandale viel getan, oft still und leise. Vermehrt können Unternehmen ökologisches Produktdesign platzieren, so das Öko-Institut. Die Erfolgsformel: Entschlossenheit zu nachhaltigem Produktdesign als zentralem Firmenziel, Risikobereitschaft angesichts des nicht einfachen Weges sowie Durchhaltevermögen bei Hemmnissen und Rückschlägen. Das lässt sich analog für Kapitalmarktakteure formulieren und konstatieren. Auch hier bewegt sich was. Beispielsweise wenden sich immer mehr Versicherer laut der NGO-Koalition „Unfriend Coal“ vom Kohlesektor ab: 15 Versicherer mit 4 Billionen US-Dollar an Vermögenswerten, jetzt auch Schweizer Akteure. Und: Fast 100 institutionelle Investoren mit addiert 1,8 Billionen Dollar verwalteten Vermögen verlangten im September von 60 weltgrößten Banken, klimabezogene Finanzrisiken darzulegen.

Es mag noch viel im Argen liegen und der Weg weit sein zu einem nachhaltigen Finanzsystem, öko-sozial verantwortlichen Wirtschaftsweisen und zukunftsfähigen Gesellschaften. Doch es gibt Wegmarken. Besonders beeindruckend finde ich, dass sich mehr als 63.000 Kinder und Jugendliche in den letzten 10 Jahren von der globalen Bewegung „Plant-for-the-Planet“ zu Botschaftern für Klimagerechtigkeit haben ausbilden lassen und 15 Millionen Bäume gepflanzt haben. Was Kinder schaffen, sollte Erwachsene zu noch mehr Taten veranlassen.

Eine motivierende Adventszeit wünscht Ihnen

Susanne Bergius

Inhalt

TOPTHEMA

Die Weltklimakonferenz wirkt indirekt2

ASSET MANAGEMENT

Vermögensverwalter positionieren sich6

Internationale Meldungen10

PRODUKTE & KONZEPTE

Gütesiegel - nicht nur für Investmentfonds11

KÖPFE & AUSSENANSICHT

Interview Fiona Reynolds: Es muss Einiges passieren12

BUCHREZENSIONEN14

MELDUNGEN & AUSBLICK15

Mit Unterstützung von



Bethmann Bank
ABN AMRO

SONDERSEITE
Inklusion und Umweltschutz -
der IT-Dienstleister AfB

Die Weltklimakonferenz wirkt indirekt

Großanleger sind klimastrategisch meist schwach aufgestellt. Der Bonner Gipfel ignorierte das. Aber Initiativen rufen dazu auf, **mehr in emissionsarme Branchen und Geschäftsfelder zu investieren.**

Die Klimaschutzanstrengungen müssten verstärkt werden. So kommentierten institutionelle Investoren die 23. Runde der UN-Klimaschutzverhandlungen (COP 23) in der zweiten Novemberhälfte in Bonn. Manche Vermögensverwalter nutzten die Gelegenheit, um konkrete Forderungen zu stellen und ihre Expertise in Sachen klimaverträglicher Investments zu positionieren. Andere kündigten Klimainvestments an oder Tests neuer Umweltkennziffern oder luden zum Abendessen mit Gleichgesinnten ein.

Mindestens zwei zu diesem Anlass veröffentlichte Studien ergaben, dass Investoren mehr in den Klimaschutz investieren wollen. Das ist auch dringend nötig, um eines der zentralen Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen zu realisieren: die Kapitalflüsse so auszurichten, dass sie eine zumindest „2-Grad-kompatible“, besser noch eine 1,5-Grad-kompatible Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen.

Will heißen: Finanzakteure nehmen eine Schlüsselrolle ein, um die Erderwärmung auf möglichst unter 2 Grad Celsius zu begrenzen (siehe S. 5 und Beitrag ab S. 6).

Schlüsselrolle zur Begrenzung der Erderwärmung

Ihre Bedeutung erscheint umso größer angesichts der Kluft zwischen dem Abkommen und den in Paris gemachten staatlichen Ankündigungen. Laut der unabhängigen Organisation » **Climate Action Tracker** entsprechen die Willensbekundungen eher einem Pfad Richtung 2,8 Grad Celsius (C).

Wenn auf die bisher umgesetzten Politikmaßnahmen nicht kräftig drauf gesattelt werde, komme es zu einer gefährlichen Erwärmung von womöglich 3,6° C bis zur Jahrhundertwende. Immerhin greifen die diesjährigen Maßnahmen in China und Indien, wie CAT im November mitteilte. Doch das senke die Erhitzung nur auf 3,4° C. Die Ziele der Länder und deren Umsetzung seien trotz Fortschritten insgesamt noch zu schwach um den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, kommentierte Germanwatch seinen in Bonn vorgestellten » **Klimaschutz-Index (KSI)**.

Die Finanzierung emissionsarmer Geschäftsmodelle und Produkte ist also eine zentrale Schraube, an der gedreht werden müsste. Bei den politischen Verhandlungen jedoch ging es überwiegend um öffentliche Finanzierungsmodelle, -vehikel- und -quellen für Klimaschutz und Anpassungsmöglichkeiten. Verpasst wurde die Chance, die Rolle und Verantwortung privater und privatwirtschaftlicher Investoren, Kreditgeber und Versicherungen einzubeziehen. Dabei ist unstrittig, dass sie relevant sind.

Relevanz der privaten Finanzwelt unterbelichtet

Das griffen es in Bonn zahlreiche Nebenveranstaltungen von und für Investoren auf. Sie widmeten sich Klimafinanzierungen sowie der Verringerung des CO₂-Fußabdrucks von Investments und Krediten als auch Versicherungslösungen zur Anpassung an den Klimawandel. Manche Institute wendeten sich an die Politik, wie etwa beim » **Unternehmensaufruf** an die potenziellen Berliner Koalitionspartner, der Energiewende und dem Klimaschutzplan 2050 Priorität einzuräumen (s. Kontext). Unterzeichner sind nicht nur ‚die üblichen Verdächtigen‘ wie GLS und Triodos, sondern auch die Sparda Bank München und die Börse Frankfurt. ▶

TOPTHEMA
8.12.2017 | Nr. 12

Wirtschaft plädiert für mehr Klimaschutz

Die hinter dem Politik-Aufruf vom November stehenden Unternehmen bringen zusammen nach eigenen Angaben einen globalen **Umsatz von mehr als 350 Milliarden Euro** auf die Waage (mehr als der Bundeshaushalt 2017).

Sie beschäftigen als 450.000 Beschäftigte alleine in Deutschland. Damit sei dies die **größte und umfassendste Unternehmensklärung** für ambitionierten Klimaschutz in Deutschland, heißt es. Sie lehne sich an vermehrte ähnliche Äußerungen und Initiativen aus der Wirtschaft in jüngster Vergangenheit an.

Viele führende Personen auch aus der konventionellen Finanzindustrie waren in Bonn. Man konnte den Eindruck gewinnen, sie seien weiter als die Politik und drängten sie, endlich mehr für Regeln und Transparenz zu tun, damit Finanzakteure ihr Potenzial zum Klimaschutz so richtig entfalten und ausschöpfen können.

Doch das entspricht nicht ganz der Realität. Zwar planen zwei Drittel der Institutionellen, 2018 vermehrt in CO₂-effiziente Kapitalanlagen zu investieren, und in Europa gar 97 Prozent, wie eine Umfrage der britischen Bank HSBC unter weltweit rund 500 Investmenthäusern ergab. Dafür wurden persönliche Gespräche mit Finanzverantwortlichen und Investmentstrategen geführt.

Von solchen Bekundungen sollte man aber nicht allzu viel erwarten: Zwei Drittel der Investoren räumten ein, keine einzige grüne Anleihe in ihrem Portfolio zu haben. Ob das tatsächlich an ihrem Gefühl liegt, es gebe zu wenig glaubwürdige Anlageoptionen, wie die Autoren der Studie zum Feedback von vier Fünfteln der Antworten schreiben, darf bezweifelt werden. Wer will, der findet.

Keine einzige grüne Anleihe - strategielose Unternehmen

Allerdings beurteilen mehr als die Hälfte der Großanleger die Transparenz von Unternehmen zu ihrer Kohlenstoffintensität als mangelhaft. Umgekehrt konstatiert die parallele Befragung von 500 Unternehmen, dass nur etwa die Hälfte tatsächlich eine Strategie hat, um ihre Umweltauswirkungen zu verringern. Das ergibt ein anderes Bild als die diesjährige Umfrage der weltgrößten Investoreninitiative CDP, wonach 9 von 10 Unternehmen über Klimastrategie verfügen (siehe Kontext).

Ein Warnhinweis kommt auch von der Unternehmensberatung KPMG: Nur wenige Konzerne legen demnach ihre finanziellen Risiken infolge des Klimawandels offen. Das habe die » **Analyse** von 4900 Jahresberichten der größten Firmen aus 49 Ländern und der 250 weltgrößten Konzerne gezeigt. Zwar thematisieren 60 Prozent in ihren Jahresabschlüssen auch Nachhaltigkeitsthemen, doch nur jeder vierte Konzern gehe auf die finanziellen Risiken des Klimawandels ein.

Investoren wollen Risiken durch Druck auf Firmen senken

Keine angemessene Strategie für den Klimawandel zu haben, zählt für Investoren laut HSBC-Studie zu den größten Risiken. Einige scheinen darauf zu drängen: Der darum ausgeübte Druck von Investoren sei einer der entscheidenden Treiber für Unternehmen, um mehr Informationen über ihre Klimarisiken offen zu legen, so die Studie.

Auf diesen Mechanismus setzt eine Gruppe von Großanlegern unter dem Dach der weltumspannenden UN-Investoreninitiative PRI (Principles for Responsible Investment): Die Institutionellen wollen in der » **Climate Action 100+** in den nächsten fünf Jahren gemeinsam die größten Treibhausgasemittenten dazu bewegen, sich am Pariser Klimaschutzvertrag auszurichten und transparent zu berichten.

Weil aber die Großanleger insgesamt längst nicht so aktiv sind, wie einige glauben machen (wollen), forderte keine geringere als Christiana Figueres die Institutionellen heraus. Die vormalige UN-Klimaverhandlerin und Mitarchitektin des Pariser Klimavertrages rief die PRI-Unterzeichner zu dem Versprechen auf, 1% ihrer verwalteten Vermögen bis 2020 in saubere Techniken und erneuerbare Energie zu stecken.

Auf Basis der addierten Vermögen heutiger Unterzeichner in Höhe von 70 Billionen Dollar käme ein Kapitalfluss von etwa 700 Milliarden Dollar zustande. Sie erwartete ein solches Bekenntnis zur nächsten Klimakonferenz im nächsten Jahr in San Francisco, sagte sie in einer Videobotschaft zur PRI-Jahrestagung im September in Berlin.

Ein Prozent würde 700 Milliarden Dollar bedeuten

Anlässlich der Bonner Verhandlungen meldeten sich auch andere Investoreninitiativen zu Wort. Die PRI selbst, die sich für verantwortliche Kapitalanlagen einsetzt, rief sowohl Staaten als auch Investoren auf, ihre Klimaschutzanstrengungen zu verstärken (siehe Interview Fiona Reynolds auf Seite 12). ▶

TOPTHEMA
8.12.2017 | Nr. 12

Erst Wenige wollen klimakompatibel werden

Der Klimawandel sei inzwischen auf der Vorstandsetage angekommen, meldete im Oktober das CDP (vormals Carbon Disclosure Project).

Doch **lediglich 30 Prozent** der antwortenden Unternehmen – oder sollte man sagen immerhin? – **wollen** binnen der nächsten zwei Jahre **Klimaziele definieren**, die dem Pariser Klimaabkommen und der dort angestrebten maximalen Erderwärmung von 1,5° Celsius entsprechen. Will heißen: Diese Unternehmen wollen ihre Geschäftsmodelle klimakompatibel machen.

Mit den bisherigen Emissionsminderungszielen aller befragten Unternehmen würden diese **lediglich 31 Prozent des Weges erreichen**, konstatiert das CDP.

Als » **Vorreiter** listet das CDP 114 Unternehmen sowie Finanzinstitute, darunter aus dem deutschsprachigen Raum die Basler Kantonalbank, die Berner Kantonalbank und die UBS.

Hingegen sind auf dieser Liste nicht Top-Institute wie die Deutsche oder HSBC, welche die Bonner Verhandlungen marketingmäßig geschickt zur Positionierung ihrer neuen Klima-Investitions-konzepte genutzt haben (s. S. 6f).

Die Initiative Climate Action in Financial Institutions ermunterte die weltweite Finanzindustrie, sich für den Klimaschutz stark zu machen, und lieferte hierfür gleich ein Werkzeug. Sie lancierte die öffentlich zugängliche Datenbank » [Climate Mainstreaming Practices Database](#).

Diese enthält fast 50 Fallstudien aus privaten und öffentlichen Banken, die den Klimawandel in ihre Strategien, ihr Management und ihr Geschäft integrieren. Dies soll den Wissenstransfer zwischen Institutionen und Banken vereinfachen und einen Überblick geben, was Wettbewerber tun, um die Risiken des Klimawandels in ihre täglichen Aktivitäten zu integrieren.

Konkret sollen Finanzakteure fünf Kernprinzipien unterzeichnen (siehe Kontext), zu denen sich 2015 auf dem Pariser Klimagipfel (COP 21) rund 20 Institute bekannten, die diese Initiative gründeten. Seither ist die Mitgliederzahl auf lediglich 31 gestiegen. Das spricht Bände. Es sind überwiegend nationale, multinationale und supranationale Entwicklungsbanken von fast allen Kontinenten als auch Förderbanken wie die deutsche KfW.

Nur wenige Geschäftsbanken haben es bisher für nötig erachtet, hier mitzuwirken: drei französische Banken und die HSBC. Banken aus Deutschland, der Schweiz und Österreich sind nicht dabei.

Unternehmen zum Klimaschutz drängen ...

Unterdessen hat der evangelische » [Arbeitskreis kirchlicher Investoren AKI](#) ein „CDP-Klima-Engagement“ gestartet und kooperiert hierfür mit der britischen Church Investors Group. Der AKI wählt deutsche börsennotierte Unternehmen aus, die vom CDP kein A- oder B-Rating erhalten. „Wir wollen sie dazu motivieren, sich vom CDP raten zu lassen und das Notwendig zu tun, um mindestens ein B-Rating zu erzielen“, erläutert AKI-Geschäftsführerin Karin Bassler.

Zudem sollen sie ab 2018 – wie von CDP gefordert – die Empfehlungen der internationalen Task Force on Climate-related Financial Disclosure (TCFD) umsetzen. Dass ein derartiges Vorgehen von Investoren funktioniert, habe das bereits seit 2013 von der Church Investors Group mit britischen Unternehmen praktizierte Projekt gezeigt. „Die Wirksamkeit des Vorgehens wurde von der Universität in Edinburgh untersucht und bestätigt“, berichtet Bassler.

... oder aussteigen

Die Organisatoren der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel widmeten während der „Global Climate Action“ in Bonn den Finanzen einen halben Tag. In mehreren Gesprächsrunden ging es aus unterschiedlichen Perspektiven vor allem um die Anpassung von Finanzierungen an die Pariser Ziele. Hingegen spielte das sogenannte Divestment - der Ausstieg aus fossilen Energieträgern (siehe Kontext S. 5) - in der Agenda keine Rolle.

Doch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) brachten es zur Sprache. Eine Gruppe veröffentlichte die Datenbank » [„Global Coal Exit List“](#) (GCEL). Sie umfasst neben den bekannten Kohlefirmen mehr als 770 mit Kohle verbundenen Unternehmen über die Wertschöpfungskette hinweg: Kohleexploration und -förderung, Kohlehandel und -transport, Kohleverstromung und Kraftwerksbau. Diese Übersicht soll Investoren und Kreditgebern helfen, ihre Portfolios entsprechend zu durchforsten.

Heffa Schücking, Geschäftsführerin der NGO Urgewald, betont: „Die Einhaltung des Pariser Klimaziels von 1,5 Grad Erderwärmung ist nur möglich, wenn Banken und Investoren rasch und vollständig aus Kohle-Investitionen aussteigen.“

Wissenschaftler wie Franz Josef Radermacher warnen jedoch, ein zu rascher Ausstieg könne zu ökonomischen und sozialen Turbulenzen führen (siehe » [Gastbeitrag August-Ausgabe](#)). Hingegen lässt sich Sylvain Vanston, Nachhaltigkeitsexpertin des Versicherungskonzerns Axa, mit den Worten zitieren: „Die Global Coal Exit List gehört zu den umfangreichsten Kohle Datenbanken, die wir bisher gesehen haben. ▶

TOPTHEMA
8.12.2017 | Nr. 12

Fünf Prinzipien und vier Felder zu beackern

Die Climate Action in Financial Institutions hat [diese Leitplanken](#):

- 1 Sich zu Klimastrategien bekennen
- 2 Klimarisiken managen
- 3 Kluge Klimaziele fördern
- 4 Klimabezogene Leistungen verbessern
- 5 Eigene Klimaschutzmaßnahmen darlegen

Die Mitglieder der Initiative arbeiten zu [diesen Fragestellungen](#):

- Klimarisiken: Welche Analyseansätze, Werkzeuge und Methoden gibt es?
- Was bringen Reporting-Initiativen an Herausforderungen für die eigene Berichterstattung?
- Welche intelligenten Ansätze und finanziellen Instrumente gibt es für Klimaschutz in Städten?
- Wie lässt sich eine Klimastrategie in einer komplette Organisation etablieren?

Sie ist ein großartiges Instrument für Investoren, die ihre Portfolios von Kohle befreien wollen.“ Die GCEL identifiziert 225 Unternehmen, die mehr Kohlebergbau anpeilen, und 282, die neue Kohlekraftwerke planen. Viele sind demnach keine traditionellen Akteure der Branche.

Über die Umlenkung von Kapitalströmen von emissionsträchtigen zu emissionsarmen Wirtschaftsbereichen hinaus bedarf es auch struktureller Änderungen im Finanzsystem (siehe auch S. 10). Darum hat zeitgleich zum Weltklimagipfel in Frankfurt das sogenannte » Green Finance Cluster seine Arbeit aufgenommen. Es soll Initiativen bündeln und Grundlagenarbeit leisten und trägt selbst zum Hub for Sustainable Finance bei (siehe » September-Ausgabe).

„Eine nachhaltige Ausrichtung des Finanzsystems ist unverzichtbar; gleichzeitig bedürfen die Energiewende und der Transformationsprozess unserer Wirtschaft passender Unterstützung durch die Finanzindustrie“, sagte Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir zum Start. „Es ist wichtig, dass Frankfurt dabei eine international wahrnehmbare Stimme artikuliert, denn derzeit dominieren Städte wie Paris und London die Diskussion.“ Darum hat das Wirtschaftsministeriums das Green Finance Cluster angeregt als Projekt des Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025.

Finanzstandort Frankfurt will mitwirken und mitreden

Die Experten suchen nun nach Methoden, um den Zusammenhang von Finanzierungen und Klimazielen und die damit einhergehenden Risiken besser zu verstehen. Dann wollen sie konkrete Instrumente für die praktische Anwendung entwickeln.

Dringend sei die Aufklärungsarbeit, erläutert Ulf Moslener, Professor für Sustainable Energy Finance an der Frankfurt School sowie stellvertretender Vorsitzender des an der Frankfurt School angesiedelten Clusters: „Der Zusammenhang zwischen Investitionen und Klimawandel wird immer wichtiger. Deswegen ist es entscheidend, dass sich Investoren und Endkunden ein besseres Bild von den Klimawirkungen und klimabezogenen Risiken ihrer Investitionen machen können.“

Susanne Bergius

TOPTHEMA
8.12.2017 | Nr. 12

Messlatten für Divestment

Investoren mit Divestment-Strategien schließen meist Unternehmen aus, die **30% oder 50% des Umsatzes mit Kohlebergbau oder Kohlekraftwerke erzielen**. Dieser Maßstab erfasst deren relative Bedeutung für das eigene Geschäft, nicht aber dessen absolute Größe.

Der Geschäftsumfang ist jedoch wesentlich für die Klimawirkungen. Darum zeigt die **Datenbank GCEL** auch **alle Unternehmen, die mehr als 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich produzieren** oder mehr als 10.000 MW Kohlekapazität betreiben. Viele werden demnach von Investoren nicht erfasst.

Die NGO BankTrack fordert neue Standards, um zu **verhindern**, dass die derzeit **geplanten 1.600 Kohlekraftwerke** gebaut werden. Sie würden, warnt die Organisation, die weltweit vorhandene Kohlekraftwerkskapazität um **42,7 %** erhöhen.

Das Pariser Klimaschutzabkommen sieht vor, die durchschnittliche Erderwärmung bis ins Jahr 2100 auf „deutlich unter 2 Grad Celsius“ im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Die Temperatur ist seither bereits um ein Grad gestiegen. Jetzt sind 1,5 Grad angestrebt. Darum sind sämtliche globalen „Finanzflüsse in Einklang mit einem Pfad hin zu einer treibhausgasarmen und klimaresilienten Entwicklung“ zu bringen, wie es im Artikel 2.1c des Abkommens heißt.

Zuvor galt seit der Klimakonferenz von 2009 in Kopenhagen das 2-Grad-Ziel auf Basis » **wissenschaftlicher Erkenntnisse**. Nur wenn dies erreicht werde, lasse sich ein für die Menschheit gefährlicher und unumkehrbarer Klimawandel vermeiden (hier » **mehr Informationen**). Darauf sind die meisten bisherigen Szenarien und Investitionskriterien ausgerichtet, um zu bestimmen, ob Branchen, Firmen und deren Strategien klimakompatibel sind. So veröffentlichte das Umweltbundesamt im April eine » **Studie zu Investitionskriterien basierend auf dem 2°-Ziel**.

Das strengere Paris-Ziel bedeutet für Unternehmen wie für Investoren und Wissenschaftler, belastbare Methoden zu entwickeln, um die 1,5-Grad-Kompatibilität von Geschäftsmodellen erkennen und ihre Strategien und Investments danach ausrichten zu können. Dies betrachten Analysten

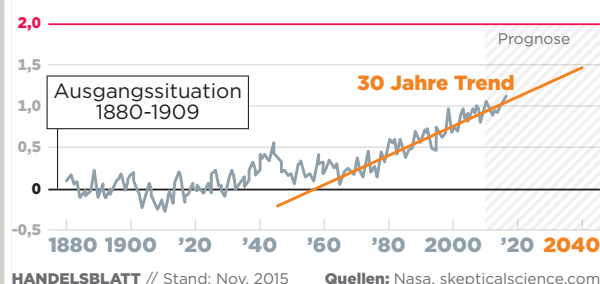
Das 2-Grad-Ziel als Orientierung

als große Herausforderung. Denn heutzutage sei selbst die 2-Grad-Kompatibilität nur selten exakt bestimmbar. Daher nutzen Vermögensverwalter übergangsweise

Schätzungen und Hilfskriterien auf Basis des 2-Grad-Ziels, um ein Gespür dafür zu bekommen, ob Emittenten zur effektiven Emissionsminderung beitragen oder nicht.

Langfristig jedoch müssen sich Investoren allerdings am dritten Klimaschutzziel von Paris orientieren, will heißen: null Emissionen. Treibhausgasneutralität soll in der zweiten Jahrhunderthälfte erreicht werden.

Erderwärmung und mittelfristiger Trend Abweichungen zur vorindustriellen Zeit in Grad Celsius



INKLUSION UND UMWELTSCHUTZ – DER IT-DIENSTLEISTER AFB

Gebrauchte Hardware gehört zum alten Eisen? Nicht bei AfB: Der IT-Dienstleister übernimmt eine höchst sensible Aufgabe, indem er die verbliebenen Daten von Computern und Festplatten löscht und die Geräte wieder aufbereitet – mit deutlichen Vorteilen für die Umwelt. AfB leistet aber noch einen anderen wichtigen Beitrag: Das Unternehmen ist der europaweit erste IT-Dienstleister, der auch Mitarbeiter mit Behinderung beschäftigt.

Von Juliya Lutz, Online-Marketing & Kommunikation bei AfB gemeinnützige GmbH

Die Bethmann Bank hatte vor rund zwei Jahren die besondere gemeinnützige Bedeutung von AfB erkannt. Deshalb hat sie dem Unternehmen mit Sitz im baden-württembergischen Ettlingen bereits rund 330 gebrauchte Computer und weitere Business-Hardware übergeben. Die benutzten Geräte landen also nicht im Müll, sondern werden weiterverwendet, in Privathaushalten oder anderen Firmen. AfB bedeutet „Arbeit für Menschen mit Behinderung“. Der Diplom-Betriebswirt Paul Cvilak entwickelte das Geschäftsmodell im Jahr 2004. Damals verfügte Cvilak bereits über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der IT-Branche und sah die steigende Notwendigkeit, die gespeicherten und oft geschäftsrelevanten Daten auf gebrauchten Computern und Festplatten zuverlässig zu löschen. Bis dahin wurde diese Arbeit aufgrund der hohen Kosten vor allem in Niedriglohnländern erledigt. Mit einem wesentlichen Nachteil: Es war nicht klar, was mit den Daten wirklich geschah.

Cvilak gründete sein Unternehmen in der Nachbarschaft einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Dies brachte ihn auf die Idee, auch ihnen eine Chance zu geben und sie in die nachhaltige Aufbereitung von Hardware einzubinden. Heute sind alle Arbeitsschritte vom Wareneingang über Reparatur und Zerlegung der Geräte bis zum Versand barrierefrei gestaltet. Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung arbeiten Hand in Hand. Und nicht nur das: Sie sind auch am Unternehmen beteiligt und profitieren von der wirtschaftlichen Entwicklung des IT-Dienstleisters.

Und die verläuft bislang erfolgreich: AfB beschäftigt heute rund 250 Mitarbeiter – mehr als die Hälfte von ihnen mit Behinderung. Der Dienstleister ist inzwischen in vier europäischen Ländern

präsent und übernimmt jährlich etwa 300.000 Stück Hardware von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die überlassen die Geräte meist kostenlos, können im Gegenzug aber ihre Nachhaltigkeitsbilanz optimieren und erhalten zu jedem Gerät einen Löscherbericht. Die aufbereitete Hardware wiederum verkauft AfB unter dem Motto „social and green“ in 18 eigenen Stores und im Onlineshop.

Die Arbeit von AfB ist mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem mit dem Innovationspreis der Deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis. Auch hat Gründer Cvilak für seine Arbeit das Bundesverdienstkreuz erhalten. Der Erfolg zeigt sich aber noch auf andere Weise: Sozialbehörden aus dem gesamten Bundesgebiet fragen bei AfB an, ob das Unternehmen nicht auch einen Standort in ihrem Bereich eröffnen will – um weitere Menschen mit Behinderung einzustellen.



VERANTWORTLICH:

Bethmann Bank AG

Bethmannstraße 7–9 · 60311 Frankfurt am Main

T 069 2177-0 · www.bethmannbank.de

Vermögensverwalter positionieren sich

Einige Banken und Vermögensverwalter nutzten die Weltklimaverhandlungen, um sich und ihre vermeintlichen oder neuen **Kompetenzen zu emissionsarmen Investitionen** ins Rampenlicht zu rücken.

Just zum Start der Klimaverhandlungen in Bonn kündigte HSBC, Europas größte Bank, an, den Klimawandel mit Milliardeninvestitionen bekämpfen zu wollen. Sie will bis 2025 insgesamt 100 Milliarden US-Dollar für nachhaltige Finanzierungen und Investments bereitstellen. Das sei eines von fünf neuen Zielen zugunsten von nachhaltigem Wachstum, erklärte sie. Die Aufmerksamkeit war ihr sicher.

Ein weiteres Ziel lautet, die Engagements in Kohleförderung und -verstromung zu reduzieren. Kohleintensive Branchen will sie „bei ihrem Übergang zu einer kohlenstoffärmeren Produktion aktiv managen“, formuliert sie verschwurbelt. Konkret will die HSBC demnach nur die Finanzierung von neuen Kohlekraftwerken in entwickelten Volkswirtschaften aufgeben. Damit entlarvt sie sich angesichts unzähliger neuer Kohlekraftwerke, die in Entwicklungs- und Schwellenländern jährlich ans Netz gehen.

Weniger neue Kohlekraftwerke finanzieren

Zwar hat die Bank 2017 insgesamt 9000 Mitarbeiter zu Nachhaltigkeitsrisiken geschult sowie 2015 laut eigenen Angaben eine eigene grüne Anleihe über 500 Millionen Euro begeben und zur Schaffung von Qualitätsstandards für derartige Green Bonds beigetragen. Aber zu verantwortlichen Kapitalanlagen ist in ihrem zweiten Nachhaltigkeitsbericht jenseits dessen und Erläuterungen zu zwei neuen Fonds nichts zu erfahren.

Da wirkt es etwas vollmundig, wenn die wegen heikler Geschäfte immer wieder ins Gerede kommende Bank behauptet, die UN-Nachhaltigkeitsziele seien der Rahmen, um sich als weltweit führende Bank für nachhaltige Finanzen zu positionieren. Den nachhaltig verwalteten Anteil am Eigenkapital gibt die HSBC nicht preis, sondern verweist auf die geplanten Finanzierungen und die grüne Anleihe.

Die Frage nach dem Anteil nachhaltiger Vermögen an sämtlichen verwalteten 831 Milliarden Dollar beantwortet eine Sprecherin so: „Wir wenden für alle unsere quantitativen und qualitativen Anlageentscheidungen einen systematischen ESG-Filter an.“ ESG ist das englische Kürzel für Umwelt-Soziales-Governance. Darauf bezogene Filter sind nicht dasselbe wie nachhaltige Kapitalanlagen (siehe Kontext). Zu letzteren verwaltet das Institut Fonds mit einem Volumen von zwei Milliarden Euro.

Transparenz zum finanzierten Klima-Fußabdruck ab 2018

Das Institut hat sich aber 2015 im „Montréal Pledge“ gemeinsam mit anderen Großanlegern verpflichtet, die Kohlenstoffintensität der Portfolios auszuweisen. Die neuen Ziele sind der Startschuss, um „den Fußabdruck konsequent zu erfassen.“ Überdies soll ein neues „Centre of Sustainable Finance“ helfen, Kapital bei Investoren für den Klimaschutz und die Sustainable Development Goals (SDGs) locker zu machen.

Zudem will HSBC als eines der ersten Institute entsprechend der Empfehlungen der » **Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD)** des Finanzstabilitätsrates im Februar 2018 in ihrem Geschäftsbericht klimabezogene Risiken und Chancen über alle Geschäftsbereiche hinweg transparent darlegen. Die TCFD gab im Juni Empfehlungen, die letztlich darauf hinzielen, dass Firmen ihre Geschäftsmo- ▶

ASSET MANAGEMENT
8.12.2017 | Nr. 12

ESG-Filter

ESG-Filter für Portfolios basieren meist auf einigen zentralen Kriterien. Das Verfahren soll die **größten Risiken ausschließen**, die sich aus Umwelt-, Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Governance-Aspekten ergeben. Denn das sind auch Risiken für die Investoren. Das Vorgehen fällt unter verantwortliche Investments.

Dies ist **nicht dasselbe wie nachhaltige Kapitalanlagen**. Diese richten sich umfassend an hunderten Kriterien aus, sollen systematisch zu nachhaltigerem Wirtschaften beitragen und fokussieren Anlageuniversen darauf.

Insbesondere die Unterzeichner der UN-Initiative Prinzipien für Verantwortliches Investieren (PRI) nutzen Filterverfahren. Sie sprechen von **ESG-Integration**, zu der sie sich verpflichtet haben.

delle auf eine Zukunft ohne fossile Energien ausrichten und dass sie das öffentlich nachvollziehbar kund tun.

Unterdessen hat Storebrand, der größte private Pensionsfonds in Norwegen, seine seit 2013 geltenden Kriterien für den Rückzug aus fossilen Investments verschärft. Infolgedessen zieht er sich aus zehn Unternehmen zurück: neben acht weiteren Unternehmen sind darunter die deutschen Konzerne RWE und Uniper. Storebrand verwaltet Vermögen im Wert von 80 Milliarden US Dollar (etwa 68 Milliarden Euro).

Der Rückzug aus RWE kommt zu einer Zeit, in der der Energieversorger auch rechtlich unter Druck gerät. Das Oberlandesgericht in Hamm hat Ende November erklärt, dass es bei der Klimaklage des peruanischen Landwirts und Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen RWE um ein schlüssiges Klagebegehren handelt. Der Zivilsenat wird in die Beweisaufnahme gehen. Die Stadt Huaraz ist laut Lliuya von klimabedingter Gletscherschmelze bedroht. Ob RWE als größtem Treibhausgasemittenten Europas eine Mitschuld zuschreibbar ist, muss juristisch erst noch erwiesen werden. Das Zivilverfahren ist ein Präzedenzfall. Das Gericht hat laut der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Germanwatch klar gemacht, dass große Emittenten grundsätzlich verpflichtet seien, Betroffene von Klimaschäden in armen Ländern zu unterstützen.

Mehr Regulierung und Transparenz gewünscht

Am Rande der Klimaverhandlungen in Bonn wendeten sich manche Institute an die Politik. Die auf wirkungsorientierte Kapitalanlagen und Ressourceneffizienz spezialisierte Wermuth Asset Management forderte eine wirkungsvolle CO₂-Besteuerung. „Anders wird es keine wirksamen Anreize zur Vermeidung von CO₂ geben“, sagte Inhaber Jochen Wermuth. Der faire Preis liege laut Internationalem Währungsfonds bei 130 Euro je Tonne CO₂. Kalifornien und British Columbia arbeiteten bereits damit.

Der belgische Vermögensverwalter Candriam rief zu strengen und transparenten Regeln zur Emissionsberichterstattung und -kontrolle auf. Sie seien unabdingbar, um die Umsetzung der Verhandlungsergebnisse des Pariser Klimagipfels (COP 21) einschätzen zu können, so Wim Van Hyfte, Global Head of Responsible Investments and Research. „Die Messung der CO₂-Fußabdrücke in Portfolios sowie die Schätzung von CO₂-Risiken sind ein zentraler Bestandteil nachhaltiger Investmentlösungen.“

Candriam managt aktuell gut ein Viertel des verwalteten Vermögens anhand eines sogenannten SRI-Screening-Prozesses. SRI ist das englische Kürzel für Socially Responsible Investment, das ist gesellschaftlich verantwortliches Investieren (siehe Kontext). Portfolios werden beim ‚Screening‘ nach Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien durchleuchtet, Unpassendes wird „ausgemistet“.

Klimatische Standortrisiken im Detail erfassen

Auch die Deutsche Asset Management positionierte sich anlässlich der Klimaverhandlungen mit der Botschaft: „Erstmalig bewertet ein Vermögensverwalter nun Unternehmen und ihre Standorte nach dem Grad der Bedrohung durch Klimakatastrophen.“ Es gibt zwar auch andere Institute, die standortbedingte Risiken beachten oder Werkzeuge zur Bewertung physischer Klimarisiken entwickeln.

Aber die Deutsche AM geht hier tiefer. Sie hat mit dem kalifornischen Beratungsunternehmen Four Twenty Seven einen laut eigenen Angaben grundlegend neuen Ansatz für das Risikomanagement von Klimaereignissen entwickelt.

Dafür haben die Kalifornier für eine Million Firmenstandorte weltweit anhand wissenschaftlicher Klimamodelle deren individuelle Klimarisiken wie Hitzewellen, Fluten und Zyklone ermittelt. Wirtschaftliche Konsequenzen werden hinsichtlich operativer Aspekte, der Lieferkette und der Marktrisiken berechnet. Beispielsweise ist analysierbar, was ein steigender Meeresspiegel für küstennahe Öl- und Gasinfrastruktur bedeutet, wie Fluten die Lieferketten unterbrechen oder wie extreme Hitze die Leistungskraft der Beschäftigten in der Landwirtschaft und am Bau beeinträchtigt. „Die Daten von Four Twenty Seven ermöglichen uns eine bessere Rendite/Risiko-Ab- ▶

ASSET MANAGEMENT
8.12.2017 | Nr. 12

SRI kurz erklärt

SRI steht für „Socially Responsible Investment“: **gesellschaftlich verantwortliche Kapitalanlagen**. Dies ist ein Oberbegriff für sehr unterschiedliche Anlagestrategien und Herangehensweisen.

Darunter fallen **einerseits strenge nachhaltige Geldanlagen**, die teilweise 200 bis 500 ökologische, soziale und ethische Kriterien überprüfen. Andererseits verstehen viele Marktteilnehmer unter SRI **auch verantwortliche Investments**: Bei vielen sind nur einzelne umstrittene Branchen wie Rüstungsindustrie ausgeschlossen. Oder sie nutzen andere Konzepte, um nicht zu Verstößen gegen internationale Standards beizutragen und auch, um entsprechend auf Unternehmen einzuwirken.

Darum haben manche Akteure den Oberbegriff SRI inzwischen im Englischen inhaltlich erweitert auf „**Sustainable and Responsible Investment**“, also „nachhaltiges und verantwortliches Investieren“.

schätzung einer möglichen Investmententscheidung“, sagt Susana Penarrubia auf Anfrage. Sie leitet die ESG-Integration bei der Deutschen AM. Zudem sei besser zu beurteilen, ob bei Unternehmen und Staaten eine ausreichende ESG-Qualität für die Aufnahme in ESG-Portfolios vorliege. Eine Verschlechterung könne zu einer Verkaufsentscheidung führen, das sei schon passiert. Diese Aussagen gelten momentan jedoch nur für die nachhaltig ausgerichteten Fonds.

Geplant: Produkte und Integration ins Asset Management

Im Bereich des konventionellen Investments führe die Zusammenarbeit erst einmal nicht zu Ausschlüssen, so ein Sprecher. Der Vermögensverwalter will in absehbarer Zeit anhand der neuen Methode spezielle Anlageprodukte entwickeln. Zudem sollen die Daten allen Portfoliomanagern zugänglich sein mit dem Ziel, dass diese sie systematisch in ihre Anlageentscheidungsprozesse integrieren.

Ausschlusskriterien für fossile Energieträger handhabt das Institut nur für die ESG-Fonds. Es verwaltet 9,6 Milliarden Euro (Ende 2016) nach nachhaltigen Kriterien, einschließlich sogenannter Overlay-Strategien. Damit beträgt der nachhaltige Anteil am verwalteten Vermögen von 706 Milliarden Euro 1,4 Prozent.

Die neue Partnerschaft soll aber für das große Ganze relevant sein, denn: „Wir sind verpflichtet zu verstehen, was mehr Tropenstürme und Hitzewellen für die Bewertung von Unternehmen und Investmentrisiken bedeuten“, lässt sich Nicolas Moreau, Leiter der Deutsche AM, zitieren. Die Investmentbranche sollte verlangen, „dass Unternehmen ihre wiederkehrenden sowie außergewöhnlichen Klimarisiken offenlegen.“

Klimagewinner identifizieren

Eine starke Risikoorientierung genügt Salm-Salm & Partner nicht. Der Vermögensverwalter hat 2016 zur Klimakonferenz von Marrakesch eine damals in Deutschland einmalige Anlagestrategie eingeführt. Sie richtet sich explizit am Pariser Klimaabkommen und dem „2-Grad-Ziel“ (siehe Seite 5) aus. Das tun Klimafonds meist nicht, sondern konzentrieren sich auf die Produktion erneuerbarer Energien und auf saubere Techniken. „Im Unterschied zu gängigen Marktansätzen geht unsere Klimaanalyse über die Erhebung des bloßen ‚CO₂-Fußabdrucks‘ hinaus“, erläutert Analyst Alexander El Alaoui. „Eine reine und auf eine Dimension limitierte Risikobetrachtung ist nicht hinreichend. Stattdessen fließen weit mehr als 100 Klimafaktoren in die Unternehmensanalyse ein, um Klimagewinner zu identifizieren.“

Die Strategie erfasst darum zum einen physische, juristische und politische Risiken. Das ist teils auch standortbezogen, wenn etwa Produktionsausfälle infolge von Taifunen vorkommen oder regionale Regulierungen zu erwarten sind. Ausgeschlossen sind alle Unternehmen, die fossile Energiereserven haben und keine vertrauenswürdigen CO₂-Daten liefern.

Portfolio am 2-Grad-Ziel ausrichten und Chancen nutzen

Zusätzlich werden die Chancen abgeklopft. Die Kernfrage lautet: „Wie stellen Unternehmen aller Branchen ihre Geschäftsmodelle so um, damit sie künftig 2°-kompatibel sein können?“ Die meisten Klimafonds basieren hingegen auf Branchenausschlüssen: Ohne Chemie, Energie, Stahl und Zement lässt sich leicht ein niedrigerer Fußabdruck erzielen. Solche Konzepte reflektieren aber nicht die Lebenswirklichkeit, die ohne diese Industrien nicht funktioniert.

„Ein Klimafonds darf kein Themenfonds sein, sondern muss alle Branchen umfassen“, betont darum El Alaoui. Folglich sondiert eine klimafokussierte Best-in-Class-Methode (siehe Kontext) Unternehmen mit vielversprechenden Überlebensstrategien. Aus dem verbleibenden Universum wählen die Analysten Firmen mit positivem Klimabeitrag. Sie haben hohe grüne Umsatzanteile, klimaorientierte Anreizsysteme auf Management-Ebene oder firmenweite Energieeinsparungskonzepte. Von 4100 Konzernen bleiben 70 übrig, in die der Fonds investiert, darunter zum Beispiel Toyota. ▶

ASSET MANAGEMENT
8.12.2017 | Nr. 12

Best-in-Class-Konzept

Beim Best-in-Class-Prinzip sondieren Analysten und Portfoliomanager aus einem großen Anlageuniversum für jede Branche die **Unternehmen mit den jeweils besten Nachhaltigkeitsleistungen**.

Diese sind **keine „nachhaltigen“ Firmen**, sondern solche, die bei Unternehmensführung und Kerngeschäft überzeugend zugunsten umwelt- und sozialverträglicherem Wirtschaftens aktiv sind.

Das Best-in-Class-Konzept gehört zu nachhaltigen Geldanlagen im engeren Sinne. Viele nachhaltige **Börsenindizes und Anlageprodukte** basieren darauf. International tätige Unternehmen betrachten es als **Gütesiegel**, in derartigen Nachhaltigkeitsindizes und/oder renommierten Nachhaltigkeitsfonds notiert zu sein.

Die Verfechter dieser Anlagestrategie wollen einen **Wettbewerb um beste Lösungen anstoßen**, insbesondere in Konzernen. Laut mehreren Studien ist dies in den vergangenen Jahrzehnten gelungen. **Kritiker** entgegnen, das Konzept habe zu wenig Einfluss im Kapitalmarkt, damit Großunternehmen ihre ökosozialen Leistungen grundlegend verbessern oder gar Geschäftsmodelle neu auf Nachhaltigkeit ausrichten.

Dieses Prozedere gilt allerdings nur für einen noch kleinen Aktienfonds. Jedoch bewerten die Analysten auch Wandelanleihen-Portfolios nach CO₂-Performance von Unternehmen. Das soll den Kunden die Klimaintensität ihrer Portfolios transparent machen. Noch gibt es hierfür kein Ausschlussverfahren. Salm-Salm erarbeite zurzeit eine Engagement-Strategie zum Klima, die 2018 lanciert werden soll, berichtet El Alaoui. Der Anteil der nach Nachhaltigkeitskriterien gemanagten Vermögen am gesamten verwalteten Vermögen von 360 Millionen Euro sei in den zurückliegenden Jahren sprunghaft angestiegen und betrage inzwischen knapp 60 Prozent.

Die Masse macht's

Derart innovative Anstöße von solchen eher kleineren Akteuren seien wichtig, um Bewusstsein zu schaffen und Dinge voranzutreiben, ist im Finanzmarkt zu hören. Doch unerlässlich ist, wie mehrere Aufrufe anlässlich der Klimakonferenz zeigten (siehe Seite 2f), dass die Großen in die Gänge kommen.

Zu den Vorreitern dürfte die kanadische Caisse de dépôt et placement du Québec (» CDPQ) zählen. Dieser private, staatsnahe Vermögensverwalter für Institutionelle will den Übergang zu einer emissionsfreien Wirtschaft richtig „anpacken“, wie er Mitte Oktober mitteilte. Er hat dafür seine komplette Anlagestrategie so überarbeitet, dass „der Klimawandel genauso behandelt wird wie Risiken: als fundamental für unsere Entscheidungsprozesse.“ Bei jeder Entscheidung spiele er künftig eine Rolle.

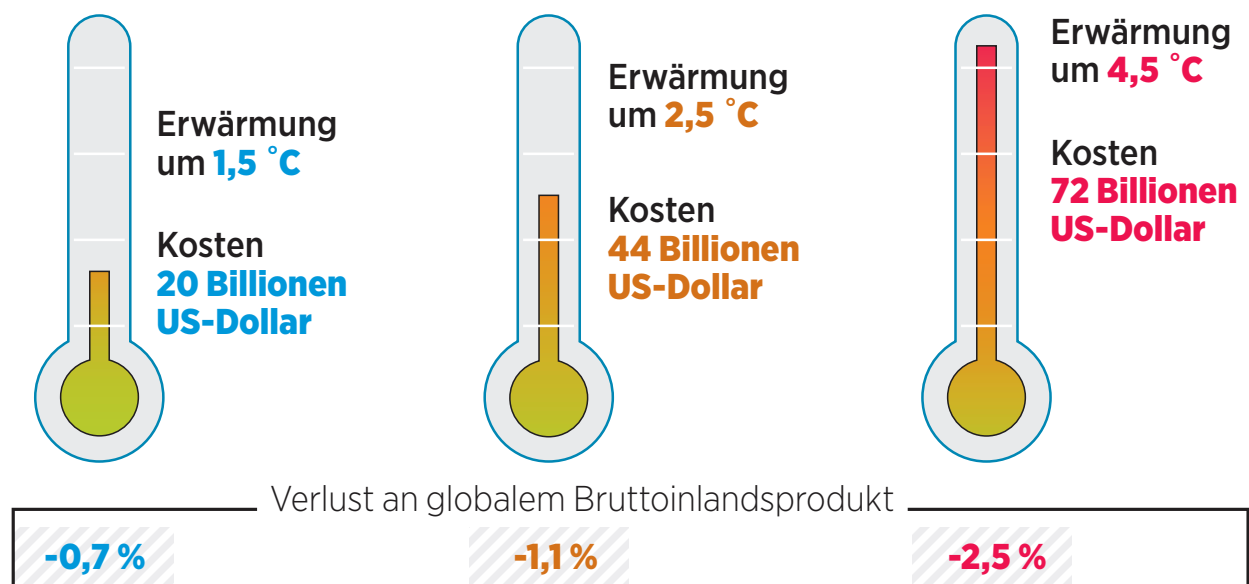
Der Asset Manager mit rund 287 Milliarden kanadischen Dollar an verwalteten Vermögen rechnet vor: „Sollten die Aktiva beispielsweise bis 2025 um 60 Prozent steigen, kämen 170 Milliarden Dollar unter Beachtung von Klimafaktoren hinzu.“ Zudem will er die emissionsfreien Investments kurzfristig (bis 2020) verdoppeln: Das wären 8 Milliarden Dollar zusätzliche Investitionen. Mittelfristig (bis 2025) will er die von ihm global finanzierten Emissionen um 25 Prozent senken. Dazu werde er, so die Aussage, geprüfte Informationen in seinem Jahresbericht veröffentlichen.

Susanne Bergius

ASSET MANAGEMENT
8.12.2017 | Nr. 12

Klimawandel

Geschätzte Schäden einer Klimaerwärmung bis 2060*



Handelsblatt | *OECD-Prognosen auf Basis möglicher Temperaturanstiege

Quelle: Citigroup

Konsultation zur treuhänderischen Verantwortung

Die EU-Kommission hat eine » öffentliche Konsultation zu den Pflichten von Vermögensverwaltern und institutionelle Investoren hinsichtlich Nachhaltigkeit gestartet: Sie will bis 28. Januar 2018 erfahren, wie diese am besten zu motivieren sind, Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren (kurz ESG) bei ihren Entscheidungen zu beachten. Die Kommission greift damit eine der acht Empfehlungen ihrer Experten-Gruppe für ein Nachhaltiges Finanzsystem auf. Diese » High-Level Expert Group on Sustainable Finance (HLEG) rät in ihrem » Zwischenbericht vom Juli dazu, klar zu stellen, dass die treuhänderische Verantwortung von Großanlegern auch Nachhaltigkeit umfasst und Berichtsansforderungen für ESG-Kriterien zu stärken sind.

„Bei der Umsetzung der Prinzipien von Investorenpflichten geht es nicht darum, Listen abzuhaken, sondern eine breitere Verantwortung zu übernehmen. Es bedeutet, das ‚magische Dreieck‘ der Geldanlage (Ertrag, Sicherheit, Liquidität) zu erweitern durch Hinzufügen von Nachhaltigkeit als vierter Dimension“, erläutert HLEG-Mitglied Magnus Billing, Vorstandschef des schwedischen Pensionsverwalters Alecta.

Die EU-Kommission will privates Kapital mobilisieren in Richtung grüner und nachhaltiger Investments, um den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu ermöglichen und Klima- und Umweltrisiken besser zu managen. Im ersten Quartal 2018 will sie einen Aktionsplan und Regulierungsvorschläge verkünden.

Banken stärken nachhaltige Vermögensverwaltung

Ab 2018 sollen bei der niederländischen ABN Amro nachhaltige Investments der Standard für neue Privatkunden in den Niederlanden sein. Das kündigte Vorstandschef Kees van Dijkhuizen im November an. Die Bank wolle die nachhaltig verwalteten Vermögen in den nächsten drei Jahren auf 16 Milliarden Euro verdoppeln. „Wir werden auch existierende Kunden ansprechen, um mit ihnen einen freiwilligen Umstieg von traditionellen auf nachhaltige Investments zu besprechen.“

In Kürze, so kündigte er zudem an, werde in Deutschland ein digitaler Vermögensverwalter lanciert, kombiniert mit einem persönlichen Finanzberater biete. Hier ist von nachhaltigen Angeboten jedoch nicht die Rede.

Unterdessen hat die Evangelische Bank, Deutschlands größte Kirchenbank, ihr Team für nachhaltiges Asset Management stark erweitert, um dieses dynamisch wachsende Geschäftsfeld auszubauen. Dies sei eine „weitreichende strategische Positionierung in einem für uns wesentlichen Geschäftsbereich“, so Vorstandsmitglied Joachim Fröhlich. Er will die Bank mit neuen Anlageklassen und -regionen als ESG-Investmentboutique positionieren. ESG steht für Umwelt-Soziales-Governance.

Etwa zeitgleich veröffentlichte die Bank für Kirche und Caritas (BKC) ein Kompendium zu ihrem für die Eigenanlagen geltenden Nachhaltigkeitsfilter. Er sei zugleich ein Nachschlagewerk für Anleger, die an einer Übersetzung der kirchlichen Soziallehre in ethisch-nachhaltigen Anlagekriterien interessiert seien.

Impact Investing kann marktfähige Renditen liefern

Anleger können mit wirkungsorientiertem Investieren über verschiedene Anlageklassen wettbewerbsfähige Finanzresultate erzielen: für privates Beteiligungskapital, Rentenfonds und Sachwerte. Das ergab ein » Bericht zur Finanzperformance vom Global Impact Investing Network (GIIN). Die Publikation bündelt Ergebnisse von gut einem Dutzend Studien zu genannten Anlageklassen und privaten Portfolien und identifiziert Forschungsbedarf. Die Bandbreite der Performance entspreche der von konventionellen Fonds, heißt es. Wie im herkömmlichen Markt variierten die Ergebnisse je nach Fonds sehr stark. Die Auswahl durch den Fondsmanager sei ein Schlüssel für starke Finanzergebnisse. Impact Investments dienen der Studie zufolge insbesondere der finanziellen Inklusion (Zugang zu Finanzdienstleistungen in Entwicklungsländern und abgelegenen Regionen), der Versorgung mit sauberer Energie, einer nachhaltigen Forstwirtschaft und bezahlbarem Wohnraum.

Gütesiegel - nicht nur für Investmentfonds

Mehr **Anlageprodukte** haben das FNG-Label erhalten. Inzwischen orientiert sich auch der milliardenschwere **NRW-Pensionsfonds** an dessen Kriterien.

Ende November haben 45 Investmentfonds das Siegel des Forums Nachhaltige Geldanlagen (FNG) erhalten. Das sind mehr als im vergangenen Jahr, zehn Prozent der nachhaltigen Fonds im deutschsprachigen Raum. Von einer Marktdurchdringung ist noch nicht die Rede. Ulrike Brendel von der Verbraucherzentrale Bremen begrüßt den Anstieg, sagt aber: „Ein Siegel ist für Verbraucher nur dann eine Orientierungshilfe, wenn es die Produkte auf dem Markt möglichst vollständig umfasst.“

Doch das dauert bei neuen Gütesiegeln meist einige Jahre. Immerhin bewarben sich 47 Fonds von 21 Gesellschaften um das Label, ein Viertel mehr als letztes Jahr. Bemerkenswerter Weise waren darunter auch Fonds aus nicht deutschsprachigen Ländern: Sieben aus den Niederlanden, Italien, Skandinavien und Großbritannien erhielten das Siegel. Zudem kamen Schwellenländeraktien und „High Yield Bonds“ als neue Investmentkategorien hinzu. Das Label gewinnt an Bekanntheit und Relevanz.

Denn auch ein erster institutioneller Anleger greift die Systematik auf: Der NRW-Pensionsfonds von Nordrhein-Westfalen. Er verwaltet aktuell 10,4 Milliarden Euro. Ab 2018 kommen jährlich laut Gesetz 200 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt hinzu. Seit Juni gelten für ihn » **nachhaltige Anlageleitlinien**. Diese orientieren sich laut Finanzverwaltung explizit auch an den FNG-Anforderungen.

Orientierung für Private und Institutionelle

Die Leitlinien erließ das Finanzministerium für den zu Jahresbeginn gebildeten Pensionsfonds. Beispielsweise führen Verstöße gegen international anerkannte Normen für Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung zum Ausschluss aus dem Fonds beziehungsweise sind derartige Titel nicht investierbar.

„Somit qualifizieren sich Fonds, die das FNG-Siegel tragen, bereits automatisch für den NRW-Pensionsfonds“, sagt Roland Kölsch, Geschäftsführer der für die Vergabe zuständigen GNG (Gesellschaft für Qualitätssicherung Nachhaltiger Geldanlagen).

Die höchste Auszeichnung von drei Sternen ergatterten lediglich neun Fonds, die folglich besonders anspruchsvolle Nachhaltigkeitsansätze handhaben. 26 Fonds erhielten immerhin zwei Sterne, zehn Fonds einen Stern. Will heißen: Alle gelabelten Fonds erfüllen mehr als die Mindestanforderungen, zu denen Transparenz-, Prozess- und Ausschlusskriterien gehören. Zwei Fonds gingen jedoch leer aus.

Das Label ist ein von der Branche mit Anspruchsgruppen entwickelter Standard. Es soll der Qualitätssicherung dienen und das von Privatanlegern bemängelte Informationsdefizit (siehe Kontext) verringern. Letztlich soll es helfen, mehr nachhaltige Produkte unter Volk zu bringen. Der unabhängige Auditor Novethic konstatiert, die Anbieter nähmen Nachhaltigkeit ernst. Die Berichterstattung habe sich etwas verbessert, lasse aber noch oft zu wünschen übrig. Die Dialogverfahren steckten meist noch in den Kinderschuhen. Mehr Einschätzungen finden sich » **online**.

Brendel von der Verbraucherzentrale beklagt den geringen Marktanteil ethisch-ökologischer Geldanlagen und fordert „gesetzlich festgeschriebene ethisch-ökologische Mindeststandards für staatlich geförderte Finanzprodukte, um die Finanzmärkte nachhaltiger zu machen.“ Ein erster Schritt wären Standards für die Riester-Rente.

sbe

PRODUKTE & KONZEPTE

8.12.2017 | Nr. 12

FNG-Siegel

Vergabe nach Bereich

	2015	2016	2017
Gelabelte Fonds	35	38	45
3-Sterne-Fonds	3	7	9
Note im Durchschnitt			
48 % 57 % 57 %			
Bewerber Fonds	39	38	47
Bewerber Anbieter	20	17	21
Vergebene Sterne	52	73	89

HANDELSBLATT

Quelle: FNG

Informationsmangel

Vier von zehn deutschen **Privatanlegern** halten nachhaltige Geldanlagen für attraktiv und würden investieren. Doch nur jeder zehnte Interessierte hat bisher entsprechende Produkte gekauft, das sind lediglich 4,8 Prozent aller rund 1700 befragten Haushalte. Das ergab im Oktober eine » **Umfrage** im Auftrag des Instituts für nachhaltige Kapitalanlagen (NKI).

Vor allem mangelnde Information erklärt die Kluft: 40 Prozent der Antwortenden hält das Informationsangebot zu nachhaltigen Anlageprodukten für unzureichend, für fast ein Viertel ist die **fehlende Beratung durch ihre Hausbank** ein Hinderungsgrund. Weitere Skepsis betrifft die Wirkung der Anlagen sowie Rendite und Risiko.

Hingegen versprechen sich 28 Prozent der investierten Anleger eine bessere Rendite. Die meisten sind investiert aufgrund ihrer persönlichen Werten und Ziele, sowie um einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Es muss Einiges passieren

Deutschsprachige Institutionelle sind im Rückstand mit ihrer **treuhänderischen Verantwortung**. PRI-Chefin Reynolds fordert eine bessere Regulierung.

Sie sagen, Klimawandel habe oberste Priorität für PRI-Unterzeichner. Investieren sie wirklich signifikant Kapital in emissionsarme Geschäftsmodelle?

Es gibt einige führende Investoren, die beträchtlich in emissionsarme Bereiche investieren, etwa einige Pensionsfonds wie CDPQ aus Kanada, Calsters aus den USA, Neuseelands Superfund, der französische Versicherer Axa und die britische Bank HSBC. Sie haben jeder angekündigt, mehrere Milliarden Dollar oder Euro zu investieren.

Doch solche Investoren machen deutlich weniger als die Hälfte der Unterzeichner aus. Die meisten Großanleger haben noch einen sehr weiten Weg vor sich. Diese Gruppe muss zunächst ihre Politiken und Strategien danach ausrichten.

Welche regionalen Unterschiede existieren?

Bei unseren Unterzeichnern führen französische, einige skandinavische und niederländische Institutionelle. Nachzügler sind Investoren aus süd- und osteuropäischen Ländern. In den USA liegen manche Pensionsfonds an der Ost- und Westküste vorne, aus anderen Regionen ist weniger zu hören. In Asien gibt es bisher keine umfangreichen Investments mit der Ausnahme, dass China bei grünen Anleihen führend ist.

Sie waren bei den Klimaverhandlungen in Bonn. Brachten sie etwas voran, das Investoren stimuliert, Klimaaspekte in Investmententscheidungen zu integrieren?

Die Verhandlungen selbst wohl nicht. Aber ein starkes Signal setzte die Allianz zum Kohleausstieg von mehr 20 Staaten. Damit regen sie Investoren an, über ihre jetzigen Portfolios und eine andere Allokation nachzudenken. Ziemlich überraschend war, dass Deutschland nicht mitmachte. Zwar waren gab es noch keine neue Bundesregierung. Aber deutsche Investoren hätten dabei sein können.

Deutschsprachige Investoren stellen einen winzigen Anteil der PRI-Unterzeichner. Das entspricht nicht ihrem wirtschaftlichen Gewicht. Wie erklären Sie sich das?

Der deutschsprachige Raum fällt weit hinter Frankreich, Skandinavien und den Niederlanden zurück. In Deutschland liegt das wohl an der Struktur und Fragmentierung des Pensionssektors. Es gibt viele unternehmerische Pensionspläne und keine Branchenpensionsfonds, die in anderen Ländern durch Konsolidierungen entstanden.

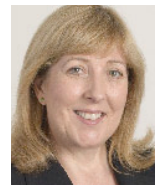
Aber daneben existieren viele Versicherungsgesellschaften und Banken. Ich denke, die Regulatoren senden ihnen keine starken Signale. Darum arbeiten wir seit Jahren mit einem Team vor Ort. Immerhin hat sich dieses Jahr der Hub vor Sustainable Finance (H4SF) gebildet, um eine bessere Regulierung und mehr nachhaltiges Investment anzuregen. Ich hoffe, dass dazu auch die Expertengruppe für ein nachhaltiges Finanzsystem der EU-Kommission beiträgt, auch in anderen Teilen Europas.

Überdies sind viele deutsche Investoren stark in Renten allokiert und meinen, nachhaltiges Investieren sei bei Aktien einfacher. Ihnen sei gesagt: Nachhaltiges und verantwortliches Investieren lässt sich in allen Anlageklassen realisieren! Das gilt für festverzinsliche Anlagen gleichermaßen. Nur ein Prozent steckt in Green Bonds. Da muss man doch fragen: Was passiert mit dem Rest? Zu Österreich und der Schweiz haben wir noch nicht viel gearbeitet und beginnen erst, uns darauf zu fokussieren.

Frankreich stellt mehr PRI-Mitglieder als alle deutschsprachigen Länder zusammen. Wie kommt das?

KÖPFE & AUßENANSICHT
8.12.2017 | Nr. 12

Gesprächspartnerin



Fiona Reynolds
ist Geschäftsführerin der Organisation der UN Prinzipien für Verantwortliches Investieren (Principles for Responsible Investment, PRI)

Klima-Allianzen

Großbritannien, Kanada und die Marshall-Inseln stießen anlässlich der Klimaverhandlungen in Bonn (COP23) die Allianz zum Kohleausstieg ([» Powering Past Coal Alliance](#)) an. Es beteiligen sich mehr als 20 Staaten sowie kanadische und amerikanische Bundesstaaten. Diese Länder haben sich verpflichtet, aus der Kohleverstromung auszusteigen, die Enddaten liegen zwischen 2021 und 2030.

Kritiker sagen, es seien – anders als Deutschland – Länder, die ohnehin nicht viel Kohle verstromen und eine solche Selbstverpflichtung leicht schultern könnten.

Impulse gaben unabhängig davon auch [Allianzen von internationale Unternehmen, Investoren, Städten und Bundesländern](#), die sich an das Klimaabkommen von Paris halten wollen.

Die Mischung macht's: In Frankreich widmet die Regierung, die alte wie die neue, verantwortlichem Investieren wesentlich mehr Aufmerksamkeit und misst ihm hohe Bedeutung zu. Das Parlament verankerte eine strengere Regulierung. Und als 2015 klar wurde, dass die Klimaverhandlungen in Paris zu einem Abkommen führen, haben sich viele französische Investoren hinter die Sache der Nachhaltigkeit gestellt. Das ist in Deutschland nicht passiert, das ist bedauerlich. Man sollte zwar nicht immer nach Regulatoren rufen, aber jetzt sind starke Signale der Regierungen erforderlich. Denn es ist unmöglich, die Pariser Klimaziele ohne private Investitionen zu realisieren. Gäbe es mehr Anforderungen, ESG zu beachten, würden sowohl private als auch institutionelle Anleger wie Versicherungen und Pensionsfonds das tun.

Mehrere UN-Initiativen sagen, es gehöre zur treuhänderischen Verantwortung von Investoren, Umwelt, Soziales und Governance (ESG) zu beachten. Wie sind Investoren aus dem deutschsprachigen Raum hier positioniert?

Es gibt einige, die davon überzeugt sind und sich zu verantwortlichem Investieren bekennen. Aber die meisten denken nicht darüber nach oder teilen die Ansicht nicht. Wir meinen, es ist unabdingbar, ESG zu beachten: Wenn Sie Geld für Dritte über lange Zeiträume verwalten – 50, 60, 70 Jahre – müssen Sie sämtliche Risiken bedenken, die währenddessen auftreten können. Das nicht zu tun, setzt das gesparte Kapital hohen Risiken aus. Zudem werden Anlagemöglichkeiten nicht beachtet und nicht genutzt. Es muss in Deutschland Einiges passieren, damit das endlich anerkannt wird.

Was tun Sie, um deutsche Investoren davon zu überzeugen?

Wir nehmen am H4SF teil und versuchen, uns in die Gespräche für eine bessere Regulierung einzubringen, auch auf EU-Ebene. Viele Investoren denken immer noch, sie verlören mit Nachhaltigkeit Rendite, statt zu begreifen, dass sie bessere Investoren wären, wenn sie die Risiken holistisch betrachten würden. Um das zu erklären, hatten wir dieses Jahr 7 Veranstaltungen in Deutschland, weitere sind geplant. Mit unserem Jahreskongress in Berlin wollten wir deutsche Investoren zu verantwortlichem Investieren ermutigen und sie in Kontakt mit Großanlegern aus der ganzen Welt bringen.

In einem Fahrplan für Deutschland geben Sie Regulatoren, Ministerien, Aufsichtsbehörden und öffentlichen Investoren Empfehlungen. Gab es Antwort darauf?

Wir haben sehr positive Rückmeldungen erhalten, die Veranstaltung im Juli war gut besucht. Es wurde mehrfach gesagt, die PRI seien ein Treiber. Immer noch kontaktieren mich Menschen und Organisationen. Ein Bundesbankvorstand sagte gar, niemand habe zuvor öffentlich solch eine detaillierte Analyse samt zugehöriger rechtlicher Kompetenzen für diesen Markt gezeigt. Unsere Empfehlungen sind, wenn auch nicht so detailliert, in die zehn Empfehlungen des H4SF eingeflossen. Ich bin sicher: Es wird zu Veränderungen kommen.

Das Gespräch führte Susanne Bergius

KÖPFE & AUßENANSICHT
8.12.2017 | Nr. 12

German Roadmap

Die PRI hat 2016 mit Investoren und Anspruchsgruppen einen Fahrplan für Deutschland («[German Roadmap](#)») entwickelt und im Juli 2017 veröffentlicht, weil nach deren Einschätzung die ESG-Integration in Deutschland im Durchschnitt weniger fortgeschritten ist als in den benachbarten Ländern Frankreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und in Skandinavien.

Die »[Roadmaps für Deutschland und andere Länder](#)« sollen es den PRI und der Finanzinitiative des UN Umweltprogramms (UNEP FI) ermöglichen, mit nationalen Interessenvertretern zu kooperieren, um klare, messbare Strategien und Praktiken auf Basis eines [modernen Verständnisses](#) von treuhänderischer Pflicht einzuführen.

Dies Verständnis fußt auf der Ansicht, dass es gegen die [treuhänderische Pflicht](#) verstößt, langfristige Werttreiber wie Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (environmental, social and governance, ESG) nicht in Investmententscheidungen einzubeziehen

Principles of Responsible Investments (PRI)

Mitglieder aus deutschsprachigen Ländern im Vergleich

	Asset Owner	Asset Manager	Dienstleister	Anteil an allen PRI-Mitgliedern in Prozent	Verwaltetes Vermögen in Bill. US-Dollar
Frankreich	14	142	15	0,90 %	8,00
Niederlande	42	50	6	0,50 %	3,60
Deutschland	18	40	9	0,40 %	5,70
Schweden	20	54	4	0,40 %	1,20
Schweiz	9	47	15	0,40 %	4,10
Großbritannien	46	180	39	0,14 %	7,60
Österreich	4	7	0	0,10 %	1,14
Gesamte Welt	364	1 265	233	100 %	70,00

HANDELSBLATT // Stand: 24.11.2017

Quellen: PRI, eigene Rechenrche

BUCHREZENSIONEN

8.12.2017 | NR. 12



Wilfried Bommert / Marianne Landzettel: Verbrannte Mandeln. Wie der Klimawandel unsere Teller erreicht. 2017, DTV-Verlag, München.

Werden Landwirte unsere Teller auch in Zukunft noch füllen können? Unter welchen Voraussetzungen kann das gelingen? Diesen großen Fragen widmen sich die Autoren anhand konkreter Entwicklungen bei Kaffee, Kakao und Kartoffeln, Möhren und Melonen, Olivenöl und Orangen, Tomaten und Tee bis hin zu Fischen und Wein. Die Erfahrungen zu dramatischen Veränderungen der Anbau- und Lebensbedingungen reichen von Kalifornien über Ägypten und Indien bis hin zu den Weltmeeren und, ja, auch Deutschland. Sie schildern aber nicht nur die Bedrohung, sondern auch Lösungsansätze, journalistisch spannend beschrieben. So ist beispielsweise zu erfahren, wie ein Bauernhof in Nordfrankreich mit seiner wie Chaos aussehenden Mischkultur die Erträge konventionellen Gartenbaus übersteigt und selbst das Interesse der Konzerne Carrefour und Danone anzieht. Solche Beispiele geben Lesern Anregungen, was sie im Alltag und bei der Geldanlage berücksichtigen könnten, um zukunftsfähige Landnutzung zu unterstützen.

Katja Mayer: Nachhaltigkeit: 111 Fragen und Antworten. Nachschlagewerk zur Umsetzung von CSR im Unternehmen. 2017, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Was macht Menschen neugierig? Fragen. Fragen wecken Interesse. Darum ist es ein geschickter Schachzug der Autorin, Nachhaltigkeit durchweg anhand von Fragen anzupacken. Fragen zu Hintergründen, der Unternehmensperspektive, zur Unternehmensführung, zu Managementprozessen, Berichterstattung, Kommunikation mit Anspruchsgruppen. Die Antworten sind kurz und knapp gehalten, ein erster Überblick für Einsteiger. Erfreulich ist zwar, dass der Cradle-to-Cradle-Ansatz und echte Kreislaufwirtschaft (Circular Economy) angesprochen sind sowie die Rolle von Nachhaltigkeit als Innovationstreiber.

Doch bedauerlicherweise spricht Katja Mayer vom „Thema“ Nachhaltigkeit. Dem sei widersprochen: Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft und somit sämtliche Unternehmensbereiche betrifft. Die Frage muss daher lauten: Können sich Unternehmen der Herausforderung entziehen? Viel zu kurz kommt in dem Buch die Rolle des Finanzvorstandes, sogar im Kapitel Finanzbereich ist er nicht einmal erwähnt, trotz einer halben freien Seite. Seine Verantwortung und Möglichkeiten reichen viel weiter als die dort aufgeführte Berichterstattung. Darum auch fehlen beim Kapital Finanzmarktperspektive diese Fragen: Was erwarten Investoren von Unternehmen? Und was muss der CFO ihnen liefern?

Der heute recht schlicht wirkende Bethmannhof zeigte sich bis zum Krieg als zusammengewachsenes Ensemble mehrerer Renaissance- und Barockhäuser.

Foto: Deko



Langfristiger Horizont wird Kapitalallokation bewegen

Europäische Pensionseinrichtungen erwarten, dass sie künftig im Zuge einer stärkeren Ausrichtung ihrer Investments auf langfristige Zeithorizonte vermehrt Umwelt, Soziales und Governance (kurz ESG) beachten werden. Dies äußerten 61 Prozent von 161 Altersvorsorgeinstitutionen, die das Londoner Forschungsnetzwerk » Create-Research euopaweit befragte. Die restlichen 39 Prozent rechnen damit, dass ihre Aufmerksamkeit unverändert bleiben werde. Diese Zahlen zeigen, dass es womöglich zu deutlich veränderten Kapitalflüssen kommen wird. Denn lediglich ein gutes Drittel der Antwortenden hat aktuell bereits einen ESG-Investmentansatz.

Immerhin 44 Prozent der Antwortenden geht davon aus, das langfristiges Investieren zunehmen wird. Nur 8 Prozent denken, es werde schrumpfen. Die Umfrage und zusätzliche persönliche Gespräche mit 30 Akteuren ergaben als Ansatz, in Qualitätskapital zu bleiben, nach dem Motto „Mehr gewinnen durch weniger Verluste“. Eine Outperformance werde über einen kompletten Investitionszyklus angestrebt.

ESG-Research wird demnach voraussichtlich vermehrt verwendet, um langfristige Risiken zu managen, die noch nicht in konventionellen Risikomodellen enthalten sind. Die befragten Pensionseinrichtungen befinden sich diesbezüglich derzeit in sehr verschiedenen Phasen, von „Bewusstsein schaffen“ (29 Prozent) über „kurz vor der Entscheidung“ (19 Prozent) bis hin zu solchen mit „reifen ESG-Portfolios“ (24 Prozent). Die Änderung von Investmentstrategien wird sich nach Ansicht der meisten Antwortenden vor allem in mehr Kapitalanlage für die Realwirtschaft sowie in ESG-Themefonds und Alternativen Investments niederschlagen. Create Research ist ein London ansässiges Netzwerk von Forschern mit Beratungsaufträgen für globale Banken, Regierungen, multinationale Unternehmen und supranationale Organisationen.

Erscheinungsweise: monatlich

Erscheinungsart: kostenloses Abonnement

Konzeption & Organisation: Susanne Bergius
Redaktion:

Susanne Bergius, Georgios Kokologiannis
(Verantwortlicher im Sinne des §55 Abs.2 RStV)

Produktion: Heide Braasch

Internet: www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Kontakt: handelsblatt.com@vhb.de
+49(0)211/887-0

Anzeigenverkauf:

iq media marketing gmbh,
www.iqm.de/newsletter
Email: kundenbetreuung@iqm.de
+49(0)211-887-3355

Verlag:

Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts)
Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf
Email: handelsblatt.com@vhb.de,
Tel.: 0800 723 83 12 (kostenlos)

Geschäftsführung:

Gabor Steingart (Vorsitzender),
Frank Dopheide, Ingo Rieper, Gerrit Schumann
AG Düsseldorf HRB 38183, UID: DE 812813090

Dieser Newsletter stellt ausdrücklich keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf dar. Es wird keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben und Quellen übernommen. Die ausgewählten Anlageinstrumente können je nach den speziellen Anlagezielen, dem Anlagehorizont oder der individuellen Vermögenslage für einzelne Anleger nicht oder nur bedingt geeignet sein. Die in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen und Meinungen wurden von der Redaktion nach bestem Urteilsvermögen geprüft und entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt der Erstellung des Dokuments und können sich aufgrund künftiger Ereignisse oder Entwicklungen ändern. Dieses Dokument darf in anderen Ländern nur in Einklang mit dort geltendem Recht verteilt werden, und Personen, die in den Besitz dieses Dokuments gelangen, sollten sich über die dort geltenden Rechtsvorschriften informieren und diese befolgen. Kein Teil dieses Newsletters darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages verändert oder vervielfältigt werden.

MELDUNGEN & AUSBLICK

8.12.2017 | Nr. 12



BUSINESS BRIEFING zu Nachhaltigen Investments

Die nächste Ausgabe erscheint am 12.01.2018.

– Newsletter bestellen unter www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de